

Bund will Höhlen zubetonieren

Archäologen: 700 Jahre alter Steinbruch in Osnabrück könnte als Kulturdenkmal verloren gehen

Ein akut bedrohtes Kulturdenkmal erhitzt in Osnabrück die Gemüter: Wegen angeblicher Einsturzgefahr will der Bund das umfangreiche Höhlensystem unter dem Gertrudenberg kurzerhand mit Beton verfüllen lassen. Der Auftrag wurde offenbar vergeben, ohne Alternativen zu prüfen. Jetzt legen Niedersachsens Denkmal-schutz und die Mitglieder eines Höhlenvereins energisch Protest ein.

VON MARTIN WEIN

Osnabrück. Man schrieb den 12. Mai 1333, als Benediktinerabt Wesselus in einer Urkunde auf eine „verlassene Steingrube“ auf dem Klostergrund zu sprechen kam. Mindestens 900 Meter weit trieben Bergleute die Stollen im Mittelalter und der frühen Neuzeit auf der Suche nach wertvollem Muschelkalk in den Fels und schufen dabei mehrere große Hohlräume. Das genaue Ausmaß der Arbeiten ist bis heute nicht bekannt. 680 Jahre später ist die Anlage unter dem Gipfel des Osnabrücker Gertrudenberges allgemein als Gertrudenberger Loch bekannt und Anlass für zahlreiche Spekulationen.

„Da der Steinbruch damals bereits verlassen war, muss er noch deutlich älter sein“, schätzt Wilfried Kley, Vorsitzender eines Vereins, der sich seit 2011 der Erforschung der künstlichen Höhlen widmet. Vielleicht hätten bereits die Römer im Zuge ihrer Erkundungen im Teutoburger Wald die Technik des Kalkbrennens in die Gegend mitgebracht und den Steinbruch eröffnet.

Gut möglich, dass die ganze Geschichte des dunklen Gänge- und Höhlenlabyrinths nie mehr ans Licht kommt. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) möchte die Anlage so schnell wie möglich mit Beton verfüllen lassen. Weil die Stollen im Zweiten Weltkrieg als Luftschutzbunker gedient haben, ist die Bima nach dem Kriegesgesetz für ihre Absicherung und Gefahrenabwehr verantwortlich. Der Grund selbst gehört der Stadt, der Ameos-Klinik und einem Privatmann.

Nach der letzten Befahrung im Dezember 2012 warnte ein Gutachter vor möglichen Gefahren. „Insbesondere bestehen Steinfallgefahr, die Gefahr von Tagesbruch und weiteren Brüchen, die auch die Überdeckung schwächen“, sagt Bima-Sprecher Thorsten Grütznauer auf Anfrage. Das Gutachten selbst bleibe auf Wunsch der Eigentümer unter Verschluss. Die hätten inzwischen einer Verfüllung mit Beton zugestimmt. Die Bima hat das Staatliche Baumanagement mit Vollzug beauftragt. Kosten: 800000 Euro.

Das ruft nicht nur Wilfried Kley und seine 80 Mitstreiter auf den Plan. „Die Gertrudenberger Höhlen sind für die gesamte Region sehr selten und ungewöhnlich, denn passende Steine gibt es im Nordwest-



Auf der Suche nach Muschelkalk trieben Bergleute im Mittelalter Stollen 900 Meter weit in den Fels.

FOTO: ANDREAS STOLTENBERG

ten sonst ja gar nicht“, urteilt die Bezirksarchäologin Jana Fries von niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege. Das eingetragene Kulturdenkmal müsse nach aller Möglichkeit erhalten bleiben. „Natürlich nehmen wir Sicherheitsbedenken sehr ernst. Aber wir stellen energisch die Frage nach alternativen Sicherungsmethoden.“

Auch Dirk König, Fachdienstleiter im städtischen Eigenbetrieb Immobilien- und Gebäudemanagement, tritt auf die Bremse. „Wir haben als Teileigentümer keine Verfüllung zugestimmt, sondern einen denkmalskonformen Sicherung.“ Dies sei schon deshalb notwendig, um die Bima nicht aus ihrer Sicherungspflicht zu entlassen. Aber alle Natur- und Denkmalschutzbelange sollten dabei berücksichtigt werden. Höhlen-Hobbyforscher Wilfried Kley sieht die ganze Eile nicht ein. Als Elfjähriger hatte er sich in den 1950er-Jahren erstmals mit zwei Freunden in die Höhlen hinein gewagt und ist seither von ihnen faszi-

niert. „Wir gingen damals so weit, bis unsere Lampen ausgingen. Der Rückweg im Dunkeln war ein echtes Abenteuer“. In den vergangenen Jahren war er mit Gleichgesinnten erneut unter Tage und würde das derzeit zur Sicherheit verschlossene

„Wir stellen energisch die Frage nach alternativen Sicherungsmethoden.“

Jana Fries, Bezirksarchäologin

Höhlensystem nach einer Sanierung für die Öffentlichkeit öffnen. „Wirkliche Einsturzgefahren sehe ich nicht“, erklärt Kley und beruft sich auf zwei frühere Gutachten des TÜV Nord, die keine Gefährdungen gesehen hätten. 1990 hatte das nie-

dersächsische Landesamt für Bodenforschung das Stollensystem ausdrücklich in Bezug auf eine denkbare Nutzung für die Öffentlichkeit untersucht. Damals hatte die Behörde die zugänglichen Hohlräume grundsätzlich ständischer eingestuft.

Eher sollten deshalb nun fehlerhafte Arbeiten in den 1970er-Jahren vertuscht werden, als bereits einige Höhlenräume mit Flüssigbeton verschlammte wurden, glaubt Kley. Das verwendete Fließmittel habe sich auf dem Höhlenboden verteilt. Laufe eindringendes Regenwasser darüber, werde es mit Schwermetallen wie Arsen und Strontium verseucht. Von Vereinsmitgliedern genommene Proben belegten dies. Bima-Sprecher Grütznauer bestätigt zwar die Verwendung von poröser Flugasche als Zusatz im seinerzeit verwendeten Beton. Diese sei aber zugelassen und die Behauptungen des Vereins „entbehren deshalb“ nach Ansicht der Behörde „jeder Grundlage“. **Kommentar Seite 2**

Absturzopfer identifiziert

Raketentreibsatz verzögert Bergung

Beesten (wk). Bei dem Absturz des Ultraleichtflugzeugs im Emsland (wir berichteten) ist der 56-jährige Pilot getötet worden. Da sich an Bord des Fliegers noch ein Raketentreibsatz für den Rettungsfallschirm befand, konnte die Leiche des Mannes erst gestern, einen Tag nach dem Unglück aus der Maschine geborgen und identifiziert werden. Spezialisten mussten zunächst den Raketensatz entschärfen.

Zu dem Absturz kam es nach den bisherigen Ermittlungen, weil der Motor plötzlich aussetzte. Die Maschine stürzte zu Boden und bohrte sich mit der Spitze tief in eine Ackerfläche in der Nähe von Beesten, teilte die Polizei mit. Eine Jagdgesellschaft hatte den Absturz beobachtet. Für den Piloten kam jedoch jede Hilfe zu spät.

Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Osnabrück wurde das Wrack beschlagnahmt. Es soll untersucht werden, um die Unglücksursache genau festzustellen. In die Ermittlungen wurde auch das Bundesamt für Flugunfalluntersuchungen aus Braunschweig eingeschaltet. Die Maschine gehörte einem Flugsportverein aus Rheine in Nordrhein-Westfalen. Sie war in Rheine gestartet.

NACHRICHTEN IN KÜRZE

UNFALL AUF A 29

Autofahrer stirbt

Oldenburg. Ein Autofahrer ist gestern am frühen Morgen bei einem Unfall auf der Autobahn 29 ums Leben gekommen. Sein Pkw war auf Höhe der Anschlussstelle Hahn-Lehmden aus ungeklärter Ursache von der Fahrbahn abgekommen, gegen einen Baum geprallt und in Brand geraten, teilte die Autobahnpolizei mit. Nach ersten Erkenntnissen starb der Fahrer in dem brennenden Fahrzeug. Beim Eintreffen der Helfer stand das Auto bereits voll in Flammen. Die Polizei untersucht nun die Identität des Fahrers und die Unfallursache. Die Anschlussstelle Hahn-Lehmden war für mehrere Stunden gesperrt.

VORFAHRT MISSACHTET

Vier Frauen schwer verletzt

Emden. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Bus und einem Auto sind in Emden vier junge Frauen schwer verletzt worden. Eine 19-Jährige hatte mit ihrem Kleinwagen am Sonnabend einem Linienbus beim Abbiegen die Vorfahrt genommen, teilte die Polizei gestern mit. Ihr Wagen wurde durch den Aufprall von der Straße geschleudert. Die eingeklemmte Fahrerin zog sich lebensbedrohliche Verletzungen zu. Ihre drei Beifahrerinnen, zwei 18-Jährige und eine 15-Jährige, wurden schwer verletzt. Der 35-Jährige Busfahrer zog sich leichte Blessuren zu. Seine Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon.

KÜCHENBRAND

20 Menschen im Krankenhaus

Hannover. Nach einem Küchenbrand in Hannover sind gestern Morgen 20 Menschen mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung ins Krankenhaus gebracht worden. Gegen 4 Uhr hatte ein Bewohner des fünfgeschossigen Mehrfamilienhauses im Stadtteil Vahrenwald das Feuer gemeldet. Acht Erwachsene und zwölf Kinder brachten sich durch das verrauchte Treppenhaus in Sicherheit. Feuerwehr und Rettungsdienst waren mit 17 Fahrzeugen und 42 Mitarbeitern im Einsatz. Die Retter konnten den Brand schnell löschen. Die Schadenshöhe war gestern ebenso unklar wie die Brandursache.

ÜBERFALL IM BORDELL

Schuss trifft Prostituierte

Northeim. Eine Prostituierte ist am Wochenende in einem Wohnquartier in Northeim überfallen worden. Wie die Polizei gestern mitteilte, hatte der Mann die 38-Jährige zunächst bedroht und Geld von ihr gefordert. Die Frau konnte aber in ein anderes Apartment flüchten und die Tür hinter sich abschließen. Daraufhin feuerte der Räuber mit einer Pistole durch die Tür und traf die 38-Jährige im Oberschenkel. Anschließend flüchtete der Täter, vermutlich mit einem Moped oder Roller.

GEFÄHRLICHES TRAINING

Polizei stoppt Brückenkletterer

Uelzen. Ein gefährliches Trainingsgelände haben sich zwei Hobby-Bergsteiger in Uelzen ausgesucht: Ein 46-Jähriger aus dem Schwarzwald kletterte mit professioneller Ausrüstung an einer stillgelegten Eisenbahnbrücke, die im Uelzener Hafen über den Elbe-Seitenkanal führt. Sein 35-jähriger Kamerad sicherte ihn derweil von unten ab. Eine Zeugin alarmierte jedoch die Polizei, berichteten die Beamten gestern. Die beiden Kletterer gingen davon aus, dass ihre Aktion nicht verboten war, weil an der Brücke kein Verbotsschild hing. Die Polizei beendete die Kletterei. Die beiden Bergsteiger hätten um Erlaubnis fragen müssen.

Kita dient als Stromspeicher

Pilotprojekt: Intelligente Technik steuert Energieversorgung

Haren (wk). In der Stadt Haren im Landkreis Emsland beginnt die Energiewende bereits im Kindergarten. Eine neu gebaute Kindertagesstätte dient dort als Pilotprojekt, um mit einer neuen Steuertechnik die Energieströme etwa zwischen der Photovoltaikanlage auf dem Dach, dem örtlichen Stromnetz und dem Wasserkessel im Haus zu koordinieren. So wird automatisch Wasser erwärmt und gespeichert, wenn die Solaranlage Strom liefert. In dem Fall, dass andere Solar- und Windenergieanlagen im Ort zu viel Strom liefern, dient der Kindergarten als Energiespeicher und -verbraucher. Die Kommunikation zwischen diver-

sen Energieerzeugern und -verbrauchern setzt ein intelligentes Netzwerk voraus, das Fachleute als „Smart Grid“ bezeichnen. Es gilt als Voraussetzung dafür, dass die Energieversorgung dezentralisiert und künftig auf große zentrale Kraftwerke verzichtet werden kann.

Das bundesweite Pilotprojekt des Energiekonzerns RWE soll heute vorgestellt werden, sagte Sprecherin Anja Wollschläger. Gefördert wird es vom Bundeswirtschaftsministerium und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Es ist Teil eines Forschungsprojektes mit einem Gesamtvolumen von sieben Millionen Euro.

Bückeberg wird Bildungsort

Historiker wollen über Herrschaftspraxis der Nazis informieren

Hamel (epd). Der Bückeberg bei Hameln, Schauplatz der sogenannten Reichserntedankfeste von 1933 bis 1937, soll zu einem Dokumentations- und Lernort für die Geschichte des Nationalsozialismus umgestaltet werden. Unter Federführung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten wollen Kommunen, Museen und Vereine im kommenden Jahr einen Masterplan für den Bückeberg erarbeiten, teilte die in Celle ansässige Stiftung mit. Auch die niedersächsischen Ministerien für Kultur und für Landwirtschaft sollen beteiligt werden.

Der 160 Meter hohe Hügel neben dem Dorf Hagenohsen steht bereits seit 2010

unter Denkmalschutz. Er solle sowohl für Bildungs- als auch für touristische Zwecke gestaltet werden. Eine Rekonstruktion von historischen Bauten sei allerdings nicht vorgesehen, hieß es. Die Bevölkerung in der Region solle in die Planungen mit einbezogen werden.

Unter Historikern ist der Bückeberg einer der wichtigsten Orte, an dem die Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus vermittelt werden kann. Die „Reichserntedankfeste“ gelten als die drittgrößte Propaganda-Veranstaltung der Nazis nach den Feiern zum 1. Mai und den Reichsparteitag.

General Lettow-Vorbeck beschäftigt Amtsgericht

VON JUSTUS RANDT

Hannover-Bremen. In einem von Paul von Lettow-Vorbecks Töchtern angestregten Privatklageverfahren verhandelt das Amtsgericht Hannover demnächst darüber, ob das Andenken des 1964 verstorbenen Kolonialisten verunglimpft worden ist. Beklagter ist ein Historiker, der im Auftrag der Stadt Hannover ein Gutachten über das Gebaren des 1870 geborenen Befehlshabers der deutschen Schutztruppen in Deutsch-Ostafrika während des Ersten Weltkrieges erstellt hatte. Rat und Bezirksrat der Stadt hatten, auch auf das Gutachten gestützt, vor zwei Jahren beschlossen, die nach dem Afrika-Feldherrn benannte Lettow-Vorbeck-Allee in Namibia-Allee umzubenennen – was am 1. November dieses Jahres geschehen ist.

Nach Ansicht der Klägerinnen, teilt Amtsgerichtssprecher Jens Buck mit, soll der Gutachter falsche Tatsachenbehauptungen aufgestellt und dadurch das Andenken des Verstorbenen verunglimpft haben. Dabei gehe es auch um Aussagen, „der Verstorbene habe den Belagerungszustand und Kriegs- wie Standgerichte zu Verletzung aller Normen des Rechts, einschließlich der exzessiven Anwendung der Todesstrafe genutzt“. Zudem kommt der Historiker, ein emeritierter Geschichtswissenschaftler,

in seiner Expertise für die Stadt zu dem Schluss, Lettow-Vorbeck habe „rücksichtsloses Vorgehen befohlen, Menschen aufgehängt und Dörfer verbrennen lassen“.

Das Amtsgericht hatte den Beklagten vor knapp zwei Jahren mit der Begründung freigesprochen, „dass die Feststellungen des Gutachters innerhalb der Wissenschaftsfreiheit“ lägen. Das Oberlandesgericht Celle hat diese Entscheidung im Herbst 2012 mit dem Argument aufgehoben, es sei zwischen Tatsachenbehauptun-

gen und Meinungsäußerungen zu unterscheiden, die dann auf den Vorwurf der Beleidigung oder üblen Nachrede hin zu untersuchen und zu bewerten seien. Und zwar „unter Berücksichtigung der Rechtfertigung durch die Wissenschaftsfreiheit“. Die Gerichtsverhandlung ist für den 18. Dezember angesetzt.

Paul von Lettow-Vorbeck hat vielerorts als Namensgeber für Kasernen Spuren hinterlassen – auch in Bremen. Dort ließ er sich 1922 nieder und galt bald als Mittelpunkt



General Paul von Lettow-Vorbeck gegen Ende des Ersten Weltkrieges in Berlin. FOTO: DPA

Scannen Sie das Bild links, und nehmen Sie an einer Abstimmung teil. Eine Anleitung finden Sie auf Seite 1.